

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 13 (1933-1934)

Heft: 12

Artikel: Pariser Strassenaufuhr und nationale Regierung

Autor: Pütz, Alfons

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-157734>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ständen auch im eigenen Land in Ordnung finden würde. Es steht in Sachen „richtigem Maßstab“ und „richtiger Einschätzung der tatsächlichen Machtverhältnisse“ bei Regierung und Parteien der Schweiz nicht wesentlich besser als es bei der Regierung und den Parteien Österreichs gestanden hat; ebenso in Sachen „Anhang beim Volk“ — man rufe sich die schweren Abstimmungsniederlagen in Erinnerung, die Regierung und Regierungs- parteien in der Schweiz in den letzten Jahren bei innen- und außenpolitischen Fragen erlitten haben.

Es ist eben nicht getan, daß man durch Aufbietung der bewaffneten Staatsgewalt die politische Organisationsform eines Volksteiles zerstörlägt. Wesentlicher ist, im Kampf um die Seele des Volkes siegreich zu sein und alle Glieder, die dem eigenen Volk entfremdet sind, wieder zu gewinnen und zusammenzuschließen zur nationalen Volksgemeinschaft. Tragen wir daher Sorge, daß nicht unser schweizerisches staatliches Dasein eine Entwicklung nimmt, an deren Ende nicht die befreiende Revolution der nationalen Erneuerung, sondern — wie in Österreich — die Revolution der Reaktion steht, die Land und Volk an das Ausland, und damit unsäglichem Leid und Unglück aus liefert.

Pariser Straßenaufruhr und nationale Regierung.

Von Alfons Püg.

I.

Es gibt — seit Malaparte — eine Technik des Staatsstreichs, aber es gibt noch keine Technik der Revolution: wie einem Kunstwerk muß ihr etwas Spontanes, Unerklärliches und Unberechenbares anhaften. Wenige Franzosen nur zweifeln heute noch daran, daß sich ihr Land mitten in einer solchen Staatsumwälzung befindet, die vierte seit 1789; nur trägt sie einen ganz eigenen Charakter, bricht nicht in richtigem Sinne „aus“, sondern vollzieht sich mehr im Innern, unbemerkt von denen, die das Weltgeschehen nur mit ihren bloßen Sinnen betrachten. Nach Außen hin geht das Leben weiter, und das Heute gleicht dem Gestern, wie das Morgen dem Heute. Ein jeder liegt seinen Geschäften ob, der Bauer sät und ackert, der Arbeiter feiert oder schafft, der Kaufmann wägt und mißt seine Waren, wartet auf den Käufer, der ebenfalls nichts an seinen Gewohnheiten ändert. Das Pariser Straßentreiben wurde nur auf Stunden durch blutige Schlachten unterbrochen; nachher hoben die Geschäfte ihre Eisenläden wieder hoch, und die Bürger saßen auf den Terrassen und tranken seelenruhig

ihren Apéro, genau als ob nicht das Geringste geschehen wäre. Aber die innerpolitische Schlacht bei Valmy war geschlagen, und das Goethewort trifft für die Entwicklung in Frankreich ebenso zu wie für das europäische Geschehen nach 1792. Denn Frankreich begräbt seine Vergangenheit: zum erstenmal seit einem halben Jahrhundert. Geht alles nach Außen hin seinen geregelten Gang, so sitzt doch der revolutionäre Gedanke im Geist. Ohne sich weiter darüber Rechenschaft abzulegen, verzichtet man auf die alten, liebgewonnenen Formen; eine politische Organisation, die gestern noch stark und lebenstroßend erschien, erscheint heute morsch, ausgehöhlt, dem Niederbruch geweiht. Es war ja immer so gewesen, daß die Einrichtungen der dritten Republik als eine Art Notkleid erschienen, das Frankreich nur zufällig und in Ermangelung eines Besseren angezogen hatte. Es stellte kein Erzeugnis der Pariser Mode dar, sondern ein Kompromiß, das man sich unter stärkstem Druck der Reaktion zu eigen gemacht hatte. Die Republik hatte keine Zeit, sich ihr eigenes Gewand zu schaffen. Sie war als ein Wechselbalg geboren, der, wie man bei uns zu Hause sagt, ebensogut ein Junge wie ein Mädel hätte werden können; der Zufall eines Verfassungswortes, das ganz anders gemeint war, entschied für das Mädel Marianne, und so lebte es, und erstarke, bis es schließlich zur Selbstverständlichkeit wurde. Heute vollzieht sich genau der umgekehrte Prozeß. Nicht durch einen klaren, positiven Willensakt beschließen die Franzosen, ihre Einrichtungen und Staatsformen aufzugeben: das wäre eine offene Revolution. Es scheint vielmehr so zu sein, daß die Einrichtungen und Formen stillschweigend die Menschen verlassen, daß sie hinsterben wie ein guter Freund, den man aus den Augen verloren hat und nie vermisst. Das Merkwürdigste ist nur, daß vorerst wenigstens kein Ersatz gefunden werden kann; so muß dem Luftschiffer zu Mute sein, wenn er unversehens in ein „Loch“ gerät, wo der pralle Widerstand der Atmosphäre aufhört. Frankreich glaubt nicht mehr an seine alten Einrichtungen, und für die „republikanische Mystik“ hat es nur noch kühlen Spott übrig. „Wenn Revolution gleichbedeutend ist mit der Zerstörung eines verfassungsmäßigen Regimes, eines Versegzens in Anklagezustand der leitenden Persönlichkeiten, wenn man erst in die Tiefe des Nichts tauchen muß, um die Grundmauern zu dem unerlässlichen Neubau zu legen, dann kann man sagen, die vierte französische Revolution hat begonnen“, schreibt ein aufmerksamer Beobachter, der Sorbonneprofessor Eduard Guhot. Und er fährt weiter: „Nicht ein einziger ist unter uns, der nicht seine Stellung, sein Eigentum und vielleicht sein Leben einsetzen muß, um ein abenteuerliches Dasein vorzubereiten. Bis zu einem solchen Punkte sind die Leidenschaften überhitzt, die Parteien in tödlichem Streit verkrampft, die großen Wirtschaftsinteressen im Lebenskampf begriffen, daß für Alle die plötzliche, rücksichtslose, dem Angriß der Gegner zuvorkommende Tat eine Notwendigkeit geworden ist. Aber über diesen zerstörenden Abschnitt hinaus haben die Massen des Landes nichts in Sicht. Sie trampeln für den Augenblick

auf den niedergeworfenen Götzen herum, ohne sich zu fragen, wie sie ersetzt werden sollen . . ."

II.

Was wird, wissen wir ebensowenig wie die französischen Massen, und auf falsche Propheten zu lauschen, hat keinen Sinn; verzeichnen wir daher in möglichster Treue die äußerer Ereignisse und bemühen wir uns, deren innere Resonanz festzustellen. Seit dem Dezemberbericht ist ein weithin sichtbares Flammenzeichen erstanden, das mit grettem Schein in bisher verborgene Winkel hineinleuchtete: der *S t a v i s k y s k a n d a l*, der weniger ein Panama ist, als eine moderne Kollieraffäre. Es liegt im Wesen einer parlamentarischen Regierung, optimistisch und kurzfristig zu sein; daran ließ es vor allem das Kabinett *Chautemps* nicht fehlen. Als bereits die Wogen haushoch schlugen, verweigerte es die parlamentarische Untersuchungskommission, trotz ihres mehr als zahmen Charakters; es schien den Skandal wie eine schöne Frau zu betrachten, deren Ruf umso besser ist, je weniger man von ihr spricht, und die Mehrheit der Kammer war blind genug, um einem solchen Gebahren Beifall zu klatschen. So stand denn die *S t r a ß e* auf, erst in mehr spässiger, humorvoller Weise, dann immer zorniger, gewalttätiger, herausfordernder. Camille Chautemps, mit den Reaktionen der Provinz wohlvertraut, nicht aber mit der besonderen Psychologie der Boulevards, dachte an seine politische Zukunft und wollte sich durch eine zweideutige Lösung „reservieren“, wie man im parlamentarischen Kauderwelsch sagt; er gab freiwillig=gezwungen seine Entlassung, und Freund wie Feind konnte darüber denken, wie er wollte. Bestimmte Anzeichen deuteten damals schon darauf hin, daß sich ganz im Stillen etwas vorbereitete: man flüsterte von einem „Präsidentenpakt“, nur wußte niemand so recht genau, was darunter zu verstehen sei. Republikpräsident Lebrun soll mit seiner Abdankung gedroht haben, meinten die einen; die andern versicherten, Herr Doumergue sei gerne bereit, die Rolle eines modernen Cincinnatus zu übernehmen, obwohl er als Verwaltungsrat der Suezgesellschaft nicht gerade den Pflegsterz zu halten braucht. Die Wahrheit lag in der Verbindung dieser beiden Ansichten. Herr Lebrun blieb im Elysée unter der Bedingung, daß Herr Doumergue sein Landhaus in Tournefeuille verlasse. Erst aber war es nötig, den Beweis ad absurdum zu führen und die letzte parlamentarische Lösung zu versuchen: das Kabinett *D a l a d i e r*.

Eduard Daladier schien zunächst entschlossen zu sein, seinem Spitznamen alle Ehre machen: Wenn er schon der Stier aus der Camargue sein sollte, so wollte er sich auch als Stier aus der wilden Camargue gebärden und rücksichtslos auf sein Ziel losstürzen. Er bildete seine erste Regierung, und es hatte den Anschein eines Handstreichs in Miniatur. Für ihn gab es keine Parteien mehr, kein Kartell, keine rechts oder links in ihrer Wolle gefärbte Kammermehrheit. Zwischen der Kabinettsbildung

und dem Vertrauensvotum ließ er sich eine ganze Woche Zeit, um vor dem Lande ein „Versuchsrennen“ zu veranstalten: fiel es zufriedenstellend aus, so klatschte ganz Frankreich Beifall, und die Kammer konnte nicht umhin, ein Gleiches zu tun. Aber mitten in diesem Rennen bäumte das Regierungspferd vor einem Hindernis, das der Sozialistenführer Léon Blum vorsorglich aufgerichtet hatte. Um es trotzdem zu nehmen, entschloß sich Daladier zu einem richtigen „coup de tête“, wie man in Frankreich sagt: er fertigte eine Proskriptionsliste von hervorragenden Persönlichkeiten an, die er zum Zeichen einer rücksichtslosen Energie dem Stabstahlhandel zum Opfer bringen wollte; an der Spitze dieser Liste stand der Pariser Polizeipräsident Chia p p e. Da man schon einmal in den Gewaltlösungen mitten drin war, wollte man auf die äußeren Formen verzichten und die hohen Beamten buchstäblich aus ihrem Lager heben: dem mächtigsten Manne in Frankreich wurde telefonisch mitgeteilt, sein Nachfolger werde sich in der nächsten Stunde vorstellen, worauf der heißblütige Korse Jean Chiappe geantwortet haben soll, er werde sich also heute Abend auf der Straße befinden. Daladier war leichenblaß, als er den Hörer abhing; der Polizeipräsident verfügte über die Pariser Schutzmannschaft wie über eine Prätorianergarde, und über die regulären Truppen konnte in einem solchen Falle kein Verlaß sein. Im Ministerrat spielten sich dramatische Szenen ab; Kriegsminister Fabry, Finanzminister Pietri, Kolonialminister de Souvenel erhoben gegen die überstürzten Maßregeln schärfsten Einspruch und drohten mit ihrem Rücktritt, während der Republikpräsident die ganze Zeit über den Kopf in beide Hände gestützt sinnend da saß. Daladier wehrte sich verzweifelt, gab schließlich die unverhüllte Drohung des Polizeipräfeten preis, die vielleicht nur mißverstandener Galgenhumor war. Davor bäumte sich dann doch die gesamte Regierung auf und beschloß, den kühnen Wurf zu wagen; aber bereits ein paar Stunden später traf das Entlassungsschreiben Fabrys und Pietris ein, und Daladier bildete sofort sein zweites Kabinett als reine Kartellsregierung: Léon Blum hatte auf der ganzen Linie gesiegt.

III.

Man wird vielleicht einmal in der innerpolitischen Geschichte Frankreichs die telefonische Unterhaltung zwischen Daladier und Chiappe mit der Emser Depesche vergleichen: sie erscheint nicht minder folgenschwer und umstritten. Herr Chiappe stieg schon deshalb nicht auf die Straße, weil er an einem Gichtanfall darniederlag, so daß sich sein Nachfolger Bonnesoh-Sibour im Büro des Präfekten ein Feldbett aufschlagen mußte. Aber die Massen des Frontkämpferbundes besorgten dies an seiner statt, und ihnen schloß sich alles an, was Paris an Unzufriedenen, an Rauflustigen und an Gaffern aufzuweisen hat: also schließlich ganz Paris. Es war der blutige Abend des 6. Februar mit seinen 25 Todesopfern, seinen Tausend Verwundeten, seinen unerhörten Gewalttaten. Hunderttausend

Menschen stürmten auf der Place de la Concorde gegen die Kammer, die in revolutionärem Fieber tagte; vorne knatterten die Gewehre der Mobilgarden, in der Mitte flammten die Autobusse, im Hintergrund stieg der Qualm aus den Fenstern des Marineministeriums.. Es war ein ebenso entsetzlicher wie grandioser Anblick. Jmmer wieder stürzten die Massen vor, brüderlich vereint die Nationale und die Internationale: „Allons enfants de la Patrie . . .“, „Debout les damnés de la terre . . .“, „Aux armes, citoyens!“, „C'est la lutte finale . . .“ Moskau, Belleville, die Krämer der Avenue d'Orléans, die Spießer des Boulevard Raspail, die Aristokraten des Boulevard St. Germain, die Camelots des lateinischen Viertels, Passy, Auteuil, der Faubourg St. Honoré: alles wirbelte durcheinander, Helden und Gaffer, Fanatiker und Epiciers, Royalisten und Kommunisten, allen aber das Eine gemeinsam: der glühende Atem von Paris. Dieses Paris, von dem man immer sagt, daß es nicht Frankreich sei — wenn es sich um fühlendes Wählen und Wägen handelt; das aber stets noch dem Lande sein Gesetz vorgeschrieben hat, wenn die Leidenschaften aufflackerten und den ruhigen Fluß der Ereignisse unterbrachen. Ein solcher Schicksalstag war der 6. Februar. Während draußen blutige Geschichte gemacht wurde, fand sich in der Kammer eine Mehrheit für die Regierung Daladier, die längst schon Vergangenheit war. Während draußen die Flammen aufloderten und die Gewehre knatterten, suchten Daladier und der Innenminister Frot zwei Stunden lang in der Gesetzesammlung Dalloz, um einen Text aussändig zu machen, der die Verhängung des Belagerungszustandes über das aufrührerische Paris gestattete. Aber sie fanden keinen solchen Text, und am nächsten Morgen war die Polizei abgeholt und mißmutig, die Mobilgarde zu Tode verhaftet, und Paris kampflustiger denn je. Blieben die Kolonialregimenter, die Spahis und Turcos, da auf die einheimischen Truppen kein Verlaß sein konnte. Um sie mit allen modernen Kriegsmitteln gegen die Hauptstadt einzusetzen, bedurfte es der Verkündigung des Belagerungszustandes; Léon Blum riet zum schärfsten Widerstand, andre Linkspolitiker sprachen von einem Marsch der Provinz gegen Paris. Aber der bisher so energische Innenminister Frot wurde plötzlich kleinmütig und verzagt, ein paar andre Mitglieder des Kabinetts schrakken vor ihrem eigenen Mut zurück, und Eduard Daladier legte seine Entlassung in die Hände Lebruns — das Chaos der Regierung war größer noch gewesen als das Chaos der Straße!

IV.

Bierundzwanzig Stunden später traf der ehemalige Präsident der Republik, Gaston Doumergue, unter endlosem Jubel der Massen und überschlagender Begeisterung der großen Presse in Paris ein: der Präsidentenpakt ging in Erfüllung. Doumergue, mit der Kabinettbildung betraut, sammelte um sich herum erst wenige Köpfe, dann mehrere starke Persönlichkeiten, und schließlich die Vertreter des gesamten Parteifächers:

unter vielen Wehen und mancherlei Intrigen wurde das nationale Kabinett geboren. Es war viel weniger, als Manche befürchtet, aber auch viel weniger, als Andere erwartet hatten. Es war ein Kabinett Poincaré ohne Poincaré, nur in eine gänzlich verschiedene Lage hineinversetzt: im Juli 1926 fürchtete der Franzose für seinen wohlgefüllten Wollstrumpf, heute aber steht seine staatliche und soziale Daseinsform auf dem Spiel, nachdem sich der Wollstrumpf in der allgemeinen Prosperität zum guten Teil geleert hat. Jeder Beobachter mußte auch erkennen, daß der Volksaufruhr in weitgehendem Maße von nationalen Gründen getragen war; in einer mit Riesenschritten vorwärts hastenden Welt fühlte sich der Franzose plötzlich vereinsamt, und die Politiker des Quai d'Orsay schienen ihm ebensoviele auf gänzlich irrealen Boden stehende Don Quichotte zu sein, die nicht einmal die Entschuldigung hatten, gegen vermeintliche Riesen zu kämpfen. Verworren waren auch diese Gefühle, und uneinheitlich in ihrem Ziel; man erstrebte ganz im Allgemeinen ein „redressement“ der französischen Außenpolitik, nach welcher Richtung, ist bis heute nicht klar geworden. Herr Barthou scheint zunächst den Widerstand für den besten Teil der Energie zu halten; aber über bloßen Widerstand, der nicht zielgebend ist, schreiten die Ereignisse hinweg, und die Vereinsamung Frankreichs wird dadurch nicht glänzender, daß sie im Bewußtsein der eignen Kraft erfolgt.

Ihre Hauptkraft richtet die nationale Regierung, die außenpolitisch schon durch die Gegenwart von so widerstrebenden Männern wie Herriot, Tardieu und Marin weitgehend gelähmt erscheint, vorerst gegen das finanzielle Übel, das dem Durchschnittsfranzosen ja auch in den politisch schlimmsten Zeiten vornehmlich am Herzen liegt. Sie forderte von der willfährigen Kammer den Verzicht auf ein Vorrecht, das selbst das alte königliche Parlament vor der großen Revolution eifersüchtig hütete: das Recht, die Ausgaben zu überwachen und in den einzelnen Kapiteln zu bestimmen. Die Kammer brachte dieses Opfer ihrer selbst, um das Schlimmste zu verhüten: die Auflösung, die Herr Doumergue angeblich in der Tasche trägt. Es hat in Frankreich, wie man weiß, mit dieser durchaus normalen und verfassungsmäßigen Maßregel eine eigene Bewandtnis. Als sich die erste Nationalversammlung der 3. Republik am 8. März 1875 in Versailles selber auflöste, schickten die Wähler in den Senat eine konservative, in die Kammer jedoch eine republikanische Mehrheit. Der Präsident der Republik, Marshall Mac Mahon, ernannte seinem persönlichen Geschmack gemäß einen konservativen Ministerpräsidenten (Buffet), und nach dessen Abdankung einen zweiten und dritten Erstminister, bis er sich vor der dauernden Opposition der Kammer gezwungen sah, in einem Schreiben vom 16. Mai 1877 seine „Verantwortung vor dem Volk“ festzustellen. Damit hatte er die Verfassung ohne Zweifel wenn nicht dem Geiste nach, so doch dem Buchstaben gemäß übertreten; und das folgende Kampfkabinett de Broglie vermehrte nur noch das Unheil. Es

stürzte am 19. Juni, und bereits am 26. Juni erschien das Auflösungskrekt im Journal officiel, nachdem es unschwer die Zustimmung des Senates gefunden hatte. Die Neuwahlen ließen fast vier Monate auf sich warten und ergaben trotz stärksten Druckes aller Behörden wie des Marschalls selber, der sich Kopfüber in die Schlacht stürzte, eine klare Linksmehrheit, die das berühmte Wort prägte: „Se soumettre, ou se démettre!“ Marshall Mac Mahon erwählte den zweiten Teil und dankte ab; seither ist in Frankreich die Kammerauflösung mit einem verhüllten Staatsstreich gleichbedeutend, und zwar wegen der Einstellung des Senats mit einem Staatsstreich von rechts. In dieser Hinsicht scheint sich nun jetzt ein Wandel zu vollziehen. Zum allgemeinen Erstaunen hat sich nämlich der Sozialistenführer Léon Blum plötzlich für die sofortigen Auflösung der gegenwärtigen Kammer erklärt, die in keiner Weise mehr dem Willen der Wähler entspreche, und der halbkommunistische Abgeordnete Gaston Berger hat für seinen Teil die Konsequenz gezogen, indem er auf sein Mandat verzichtete und sich erneut den Wählern stellen will — ein Beispiel, das bis jetzt allerdings keinen Nachahmer gefunden hat. Jedenfalls ist der Auflösungsgedanke nicht mehr das Monopol der Rechten; er ist im republikanischen Sinne salonfähig geworden, und wer ihn versucht, kann nach dem Vorgehen Léon Blums nicht mehr als schwarzer Reaktionär bezeichnet werden.

V.

Ob Herr Doumergue zu diesem letzten Mittel greifen wird, um den parlamentarischen Karren aus dem Sumpfe zu ziehen, darf mit guten Gründen bezweifelt werden; die allgemeine Aufregung, das Chaos der öffentlichen Meinung würde dadurch keinesfalls vermindert werden. Die täglichen Ereignisse beweisen zur Genüge, daß der um den Fall „Stavisky“ gerankte Skandal unvermindert weiter geht, und nichts scheint ihm Einhalt gebieten zu können. Wir verzeihnen etwa die wilden Gerüchte, die den Fall des Appellationsrates Prince begleiten; eine Affäre allerdings, die so furchtbar, so tragisch und geheimnisvoll ist, daß ihr kein Polizeiroman auch nicht entfernt gleichgestellt werden kann. Was gestern noch als Auswuchs einer besonders üppigen Phantasie belächelt wurde, gewinnt heute den Schein des Wirklichen; die furchterlichen Anklagen Léon Daudet zum Beispiel, nach denen die Häupter der französischen Polizei, des Radikalismus und der Freimaurerei samt und sonders elende Mörder und Verräter seien, erscheinen Vielen in einem ganz anderen Lichte, und ein ehemaliger Polizeikommissar erklärt, er dürfe die Wahrheit nicht sagen, denn es wäre entsetzlich! Kann es da wunder nehmen, wenn die breiten Massen an allen Gewalten irre werden, die des Staates Grundpfeiler bilden sollen? An Recht, Sitte, Glauben und Autorität, von den längst verschrienen Einrichtungen gar nicht zu sprechen? — Nein, die Aufgabe des lächelnden Präsidenten Doumergue, der die „moralische Wiederaufrich-

tung" anstrebt, ist viel schwerer als er meint; vielleicht übersteigt sie sogar überhaupt eines Menschen Kraft. Anderseits steht die von ihm gebildete nationale Regierung nicht so fest da, wie es den Anschein hat, und die unumschränkte Gewalt der „décrets-lois“ vermag sie auf die Dauer vor Erschütterungen nicht zu bewahren. Der Sozialistenführer Léon Blum arbeitet fieberhaft an einer Spaltung der radikalen Partei, und an einer Mobilisierung der Provinz gegen Paris. Mit Hilfe der Jungradikalen ist es ihm gelungen, den Beschuß eines radikalen Parteitags zu erwirken, der noch im März in Clermont-Ferrand zusammenentreten wird: vor den Iden des März mag sich Gaston Doumergue, wie Julius Cäsar, hüten. Die kürzlich erfolgte Ersatzwahl in Melle gab einen kostbaren Fingerzeig: die Sozialisten traten in der Stichwahl vor dem radikalen Kandidaten zurück und verhalfen ihm dadurch zum Sieg, doch nur unter der Bedingung, daß er gegen die Regierung Doumergue stimme.

Durch die Umstände ihrer Bildung wie durch ihre Zusammensetzung erscheint die Regierung Doumergue eben nur als ein Kabinett des Waſſenſtillſtańs: zum Wesen des Waffenstillsstandes gehört, daß er vorläufiger Natur ist. Dazu kann in der Zwischenzeit nicht einmal nützlich verhandelt werden; denn bei dem geringsten Versuch liegen sich die Führer buchstäblich in den Haaren — es sind eben nur die Männer von Gestern, in der Vorkriegsschule gebildet, in der Vergangenheit verwurzelt, und das Unmögliche läßt sich von ihnen nicht erwarten. Wie müßte etwa das Kompromiß aussehen, das Marin und Herriot in der Außenpolitik eingehen könnten? Vielleicht wäre unter den gegenwärtigen Umständen eine Verständigung der beiden Männer in der Deutschlandpolitik möglich, obgleich Herriot, soweit wir wissen, nie einer Besetzung von Mainz durch französische Truppen das Wort geredet hat; wie aber soll sich das Verhältnis zu Russland gestalten, und den amerikanischen Schulden gegenüber, vom Völkerbund und ähnlichen Dingen gar nicht zu sprechen? Auf allen diesen Gebieten ist nur eine Lösung möglich: nämlich jede Lösung zu verschieben und die Zukunft zu „reservieren“. Ob dies aber heute noch in der Macht einer Regierung liegt? Zwei Beispiele für den gleichen Geist in der innern Politik: Der „Fall Chiappe“ bleibt in der Schwebe. Die Entfernung des Polizeipräfekten war der direkte Anlaß zu den Straßenschlachten und damit auch zur Bildung der nationalen Regierung; jetzt aber zögert man, Chiappe wieder in seine Rechte einzusezen, und ebenso sehr, ihn mit einem andern Posten zu versehen. Das zweite Beispiel: der Generalstreik vom 12. Februar. Er war als sozialistischer Protest gegen den „Faschismus“ gedacht, und gegen die Regierung Doumergue; man verurteilt ihn natürlich, die Staatsbeamten jedoch, die fast sämtlich daran teilnahmen, blieben bis jetzt unbehelligt. Nichts kennzeichnet deutlicher als dieses Zaudern den fehlenden Einfluß der jungen Geschlechter in der nationalen Regierung, deren Durchschnittsalter nicht weit unter 70 liegt. In den Zeiten

der bloßen Erhaltung mag diese Gerontokratie am Platze sein: was aber gilt es und gibt es heute noch zu erhalten?

VI.

Indessen sind irgendwo im Faubourg die „Generalstaaten der Jugend“ einberufen, und nach vielem Her und Hin spricht ein junger Arbeitsloser das erlösende Wort: „Wir sind wie die Sklaven des Altertums. Aber das Prinzip des Magens genügt nicht mehr, um uns in den Kampf zu treiben. Wir brauchen eine moralische oder eine religiöse Idee, eine Lösung, die unsre Ehre verpflichtet und aufspeischt.“ Etwas gelehrter spricht dies der schon genannte Professor Guhot aus: Um fruchtbar zu sein, braucht jede Revolution einen negativen und einen positiven Pol. Bis jetzt gibt es in Frankreich nur die negative, zerstörende Kraft. Keine Persönlichkeit drängt sich auf, keine starke Idee bricht sich Bahn, keine politische Doktrin vermag die nationale Energie um sich herum zu sammeln. Außer den Royalisten, die uns wieder ins Zeitalter der Postkutschen zurückführen wollen, hat niemand einen Namen auf den Lippen. Die Sozialisten sind bei Karl Marx und bei dem Klassenkampf stehen geblieben; die Radikalen haben sich klaglich manövriert lassen, und ihr Credo ist veraltet; die Konservativen und Zentrumsleute verschotten eine Form des Kapitalismus, die ganz Europa ausspuckt, oder der es Handschellen angelegt hat. Sicherlich besitzt auch Frankreich solche neuen Männer und Ideen; nur hat man sie bis jetzt noch nicht gefunden.. Jeden Abend frägt die bejahrte Ex-Célimène der Comédie Française Cécile Sorel nach ihren Darbietungen im Casino de Paris: „Bin ich die Treppe gut heruntergestiegen?“ Denn auf das tadellose Heruntersteigen einer Treppe lässt sich so ziemlich ihr ganzes Schauspiel zurückführen. Gar manche Politiker Frankreichs machen den gleichen Eindruck: sie steigen immer nur mit viel Würde und Anstand eine Treppe herunter. Vielleicht genügt dies auf der Bühne des Staatslebens nun doch nicht mehr, zumal wenn das Schauspiel so ungeheuer vielgestaltig ist und sich mit solch treibender Wucht vollzieht. Und man möchte wünschen: Statt der Alten, die heruntersteigen, stiegen einmal tatenfrohe, entschlossene Jungen hinauf!